

Antrag

der Abgeordneten Christian Leye, Pascal Meiser, Alexander Ulrich, Dr. Gesine Löttsch, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Susanne Ferschl, Christian Görke, Ates Gürpınar, Susanne Hennig-Wellsow, Ina Latendorf, Caren Lay, Ralph Lenkert, Sören Pellmann, Victor Perli, Heidi Reichinnek, Bernd Riexinger, Jessica Tatti, Kathrin Vogler, Dr. Sahra Wagenknecht, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.

Bezahlbaren Strom sichern – Industriestrompreis einführen, Stromsteuer abschaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die energieintensive Industrie befindet sich in einer schwierigen Lage. Die Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes insgesamt hat im 2. Quartal 2023 zwar um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugenommen und stagniert seit dem Rückgang zu Beginn der Corona-Pandemie. Die Produktion der energieintensiven Branchen verzeichnet jedoch einen Einbruch von fast 20 Prozent seit dem Beginn des kriegsbedingten Energiepreisschocks 2022.

Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung (Working Paper, 305) sind aufgrund der Energiekrise vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes verloren gegangen. Langfristig könnten die wirtschaftlichen Verluste auch durch die sinkenden Reallöhne bis Ende 2024 auf zehn Prozent ansteigen.

Neben den gestiegenen Energiepreisen in Europa sind für Konzerne vor allem die von den USA mit dem „Inflation Reduction Act“ ausgerufenen Steuergeschenke und die niedrigen Strompreise auf der anderen Seite des Atlantiks verlockend. Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften und Industrieverbänden fordert jetzt schnell einen Brückenstrompreis, um zumindest den Wettbewerbsnachteil der vergleichsweise hohen deutschen Industriestrompreise auszugleichen.

In der Sitzung am 29. September 2023 hat der Bundesrat per Beschluss (Bundesratsdrucksache 106/23) die Einführung eines Industriestrompreises sowie die Absenkung der Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß gefordert. Dieser Forderung schließt sich der Deutsche Bundestag an.

Ohne industrielle Produktion und verarbeitendes Gewerbe ginge ein bedeutender Teil der Wertschöpfung verloren, ein sinkender Lebensstandard wäre die Folge. Auch dem Klimaschutz wäre mit anhaltend hohen Strompreisen nicht gedient. Zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen in der Produktion ist eine Elektrifizierung notwendig. Anstatt fossiler Brennstoffe muss Strom oder aus Strom erzeugter Wasserstoff zum Einsatz kommen. Auch dafür muss der Strompreis für die Unternehmen planbar und bezahlbar sein.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. einen Gesetzentwurf für einen befristeten Industriestrompreis für Beschäftigung und Klimaschutz vorzulegen, der
 - an klare Kriterien wie Tarifbindung, Standorttreue und Transformationsverpflichtung gebunden ist;
 - für einen klar definierten Empfängerkreis aus verlagerungsbedrohten energieintensiven Industrien, die im internationalen Wettbewerb stehen, gilt;
 - mit einer flexiblen Komponente ausgestattet ist, die Anreize setzt, die Produktion dem Angebot an günstigen erneuerbaren Strom anzupassen;
 - aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) finanziert wird;
 2. einen Gesetzentwurf für die Absenkung der Stromsteuer von 2,05 Cent/kWh auf das europarechtlich zulässige Minimum von 0,1 Cent/kWh für Privatpersonen und 0,05 Cent/kWh für Unternehmen vorzulegen, um auch kleine und mittelständische Unternehmen sowie Privathaushalte schnell und unkompliziert zu entlasten.

Berlin, den 17. Oktober 2023

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion